No. 487. — 56. Jahrgang.

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Kleine Anzeigen: das Wort . . . 4 „
Das fette Ueberschriftswort . . . 10 „

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Freitag, 16. Oktober 1908

Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49
Telephon: Amt Ia Nr. 10181–10148.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Münzstr. 1—6, Petersburgerstr. 2, Große Frankfurterstr. 31 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Rykestr. 31, Schiffbauerdamm 1, Schützenstr. 27 (am Weddingpl.), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3 (gegenüber d. Kriminalgericht), Potsdamerstr. 33, Bayreuthstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 60 (Ecke Hornstr.), Ritzdorf, Berlinerstr. 41 (Ecke Münchenerstr.), Schöneberg, Hauptstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 24, Pankow, Berlinerstr. 135, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61 b.

Chef-Redakteur: Karl Wollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Schücking II.

Ein lahmes Dementi.

Mit verdächtiger Fixigkeit ist die „Nordd. Allg. Ztg." dabei, die Nachricht zu dementieren, Professor Dr. Walther Schücking in Marburg, der Bruder des Husumer Bürgermeisters, sei wegen seiner politischen Haltung gemaßregelt worden, indem man ihn aus der Prüfungskommission für Referendare im Kassel entfernte. Das offiziöse Blatt schreibt:

Gegenüber den Zeitungsnachrichten, wonach der Fall Schücking-Husum insofern weitere Wellenschläge zur Folge gehabt hat, als der Bruder des Husumer Bürgermeisters, der der Juristischen Fakultät der Universität Marburg angehörige ordentliche Professor Dr. Walther Schücking, nicht in die Kommission für die erste juristische Prüfung am Oberlandesgericht zu Kassel berufen worden ist, können wir feststellen, daß die Neuzusammensetzung dieser Kommission schon im März 1908 erfolgt ist, daß somit die Nichternennung des Professors Schücking in Marburg mit dem weit späteren Fall des Bürgermeisters Schücking in Husum nicht das mindeste zu tun hat.

Hier wird mit glänzender Ungeschicklichkeit etwas dementiert, was überhaupt nicht behauptet worden ist. Weder wir noch andere Zeitungen hatten überhaupt mitgeteilt, daß das Vorgehen gegen den Professor Schücking mit der Angelegenheit seines Bruders, des Bürgermeisters, in einem direkten Zusammenhange stehe. Wir hatten in unserem gestrigen Morgenblatte gemeldet:

Schon vor Wochen war seitens des Kultusministers eine Anfrage beim Senat der Universität eingegangen, ob Professor Schücking etwa auch in seinen Vorlesungen politisches Gebiet streife. Obwohl diese Frage verneint werden mußte, ist jetzt Schücking, der bisher auch Mitglied der Prüfungskommission für Referendare in Kassel war, bei der Neubesetzung dieser Kommission nicht wieder berufen worden, offenbar eine Folge der schon seit Monaten in konservativen Blättern betriebenen Hetze.

Also diese Ausmerzung ist nicht erst vor kurzem, sondern schon im März erfolgt. Schön. Aber weiter wird über die Entwickelung dieses neuesten Falles berichtet:

Das Kultusministerium hat schon Schritte gegen Professor Schücking unternommen, bevor das Ministerium des Inneren seine Aktion gegen den Bürgermeister von Husum begann. Im Januar erhielt Professor Schücking vom Ministerium einen Verweis, weil er die Enteignungsvorlage mit einigen scharfen Worten kritisiert hatte. Etwas später wurde der Kurator der Universität Marburg beauftragt, in aller Stille Erhebungen über den Geist der Schückingschen Vorlesungen anzustellen, da Herr Professor Schücking in dem Verdacht stand, politische Aeußerungen in seine Vorträge einzuflechten. Schließlich wurde Herrn Professor Schücking dann amtlich eröffnet, daß er — obwohl er Mitglied der Prüfungskommission war — zu den Prüfungen nicht mehr herangezogen werden solle, und als die Prüfungskommission für das neue Jahr zusammengesetzt wurde, wurde Professor Schücking für das ganze Jahr aus dieser Kommission ausgeschaltet.

Die im Ministerium mißfällig aufgenommene Kritik der Enteignungsvorlage hatte Professor Schücking in einer Broschüre geübt, die Anfang dieses Jahres erschienen war. Die tatsächlich vollzogene Maßregelung wegen dieses Staatsverbrechens paßt ebenso in das preußische System wie die „in aller Stille" angestellten „Erhebungen über den Geist der Schückingschen Vorlesungen"; das bedeutet eine Bespionierung des mißliebigen Professors in aller Form. Von den Mitteilungen der Presse über diesen neuen Fall Schücking ist also in dem offiziösen „Dementi" nicht ein Wort widerlegt worden.

Der Fall selbst aber zeigt aufs neue, daß wir uns mitten in einer neuen Periode der Demagogenriecherei befinden, daß neue Kantze- und Schmalzgesellen an der Arbeit sind. Vielleicht erleben wir es noch einmal, daß „staatsgefährliche" Professoren und Studenten bei Nacht und Nebel „aufgehoben" und auf die nächste Festung geschleppt werden, wie vor 90 und 80 Jahren wegen „Conats" (Versuchs) des Hochverrats ....

Sie wollen ihn nicht haben —.

Wir sprechen von den Serben und ihrem vielgeliebten Landesvater von Verschwörers Gnaden Peter Karageorgiewitsch. Ueber Wien wird aus Belgrad berichtet:

Die Abdankung des Königs Peter wird allgemein erwartet. Man glaubt, daß der König die Regentschaft seinem Sohne Georg überlassen und das Land verlassen wird. Aus dem Konak sind bereits Gepäckstücke weggetransportiert worden. Auch ist es auffallend, daß vom König die Flüssigmachung der Zivilliste (das ist die Seele des Geschäfts. Red.) verlangt wurde. Maßgebend für die Haltung des Königs ist die Absicht der Kriegspartei, König Peter um jeden Preis zum Verzicht auf den Thron zu zwingen. Die Furcht des Königs vor Ermordung erscheint deshalb berechtigt. Er soll sich mehreren Freunden gegenüber geäußert haben, daß er fürchtet, ein Opfer der fanatischen Menge zu werden. Extraausgaben der Zeitungen bringen die Meldung, daß König Peter sich auf österreichisch-ungarischen Boden begeben wird. — In allen Landesteilen wird angeblich Propaganda für den englischen Herzog von Connaught überaus eifrig betrieben.

Der wird sich vermutlich bedanken. Aber warum macht man in Serbien nicht gleich ganze Arbeit? Warum bringt man nicht gleich die ganze Familie einschließlich des jungen Mannes, der Kronprinz heißt, über die Grenze? Dem Lande wäre das sehr nützlich!

Der Beherrscher der „Schwarzen Berge" hat eine Rede gehalten. Aus Cettinje wird gemeldet:

Die erregte Stimmung gegen Oesterreich in Montenegro hält an. Aus dem ganzen Lande strömen ununterbrochen Deputationen zum Fürsten, der allen Ruhe und Mäßigung empfiehlt. Er gibt die Zusicherung, daß er alles unternehmen werde, um das schwer bedrohte und beleidigte Serbentum zu schützen. Der Fürst sagte einer Deputation:

„Oesterreich ist groß und stark, Montenegro klein. Alles werden wir verlieren, aber die Ehre nicht. Verlaßt euch auf mich, seid ruhig und wartet, bis das Vaterland eure Dienste fordert."

Das Parlament sprach in einer außerordentlichen Sitzung der Regierung das vollste Vertrauen aus und bewilligte einstimmig alle erforderlichen Kriegsmittel. Nach der Ankunft des serbischen Gesandten Jovanovitsch in Cettinje finden täglich längere Konferenzen über die gemeinsame Aktion Montenegros und Serbiens statt.

Der Boykott gegen österreichische Waren

in der Türkei verschärft sich, wie ein Telegramm aus Wien meldet, mehr und mehr, da das Löschen österreichischer Schiffe jetzt auch in den syrischen und anatolischen Häfen verhindert werde. Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse" erstreckt er sich jetzt auf die Häfen Smyrna, Saloniki, Kavalla, Dedeagatsch, Dardanellen, Rodosto und Konstantinopel. Der Lloyddampfer „Tirol" mußte ohne Warenlöschung von Saloniki abdampfen. Der Lloyddampfer „Galizia" konnte in Konstantinopel sechshundert Passagiere nicht einschiffen. Der Botschafter Markgraf Pallavicini in Konstantinopel wollte gestern bei der Pforte Protest gegen die Boykottierung der Lloyddampfer erheben.

Wenn das so weiter geht, so wird sich der türkische Warenboykott zu einer großen Kalamität für Oesterreich-Ungarn gestalten. Oesterreich-Ungarns Ausfuhr nach der Türkei ist die zweitgrößte und beträgt jährlich 500 Millionen Goldpiaster. Außer den Papierfabriken wird hauptsächlich die Textilindustrie betroffen.

Der Bundesrat

erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung bezüglich der Vorlagen über den Gesetzentwurf betreffend die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, über den Entwurf eines Besoldungsgesetzes und über den Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Freistaate El Salvador mit der Ueberweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden.

„Dic vom Bau."

Vor dem Technischen Oberprüfungsamt in Berlin haben in der Zeit vom 1. April 1907 bis dahin 1908 im ganzen 272 Regierungsbauführer die zweite Hauptprüfung beziehungsweise Staatsprüfung für den Staatsdienst im Baufache nach den Vorschriften vom 1. Juli 1900 beziehungsweise 1. April 1906 abgelegt, und zwar 100 für das Hochbaufach, 69 für das Wasser- und Straßenbaufach, 48 für das Eisenbahnbaufach und 55 für das Maschinenbaufach. Von diesen Bauführern haben 224 die Prüfung bestanden, und zwar 84 als Baumeister für das Hochbaufach, 56 als Baumeister für das Wasser- und Straßenbaufach und je 42 für das Eisenbahnbaufach und das Maschinenbaufach; 2 haben das Prädikat „mit Auszeichnung" und 17 das Prädikat „gut" zuerkannt erhalten. Die Bauführer, die die Prüfung bestanden haben, sind sämtlich zu Regierungsbaumeistern ernannt worden. Von 757 Regierungsbaumeistern, die am 1. April 1907 im Staatsdienste beschäftigt waren, gehörten dem Hochbaufache 273, dem Wasser- und Straßenbaufache 144, dem Eisenbahnbaufache 162 und dem Maschinenbaufache 178 an. Im Laufe des Etatsjahres 1907 sind als Bauinspektoren etatsmäßig angestellt worden: 208 Regierungsbaumeister, und zwar für das Hochbaufach 77, für das Wasser- und Straßenbaufach 17, für das Eisenbahnbaufach 72 und für das Maschinenbaufach 42. Gestorben sind 3 Regierungsbaumeister des Hochbaufaches. Die Entlassung aus dem Staatsdienste haben erhalten: 76 Regierungsbaumeister; davon gehörten dem Hochbaufache 26, dem Wasser- und Straßenbaufache 23, dem Eisenbahnbaufache 7 und dem Maschinenbaufache 20 an.

Privatangestellte und Koalitionsrecht.

Eine in Augsburg veranstaltete außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung von technischen Angestellten, in der Ingenieur Büdemann-Berlin über die bekannten Vorgänge in der Maschinenfabrik Augsburg einen Vortrag hielt, wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Versammelten erheben lebhaften Protest gegen die Bestrebungen und Maßregelungen, mit denen die Maschinenfabrik Augsburg die technisch-industriellen Beamten ihrer Organisation abwendig zu machen sucht. Die Versammlung fordert die Maschinenfabrik Augsburg auf, die in Form von Beurlaubungen erfolgten Maßregelungen zweier Ingenieure rückgängig zu machen und sie in ihre früheren Funktionen wieder einzusetzen. Die Versammlung erwartet von der Stadt Augsburg, daß sie erneut in eine Prüfung der Frage eintritt, wie die Vergebung städtischer Lieferungen an Firmen, die ihren Angestellten nicht die volle Koalitionsfreiheit zugestehen, zu vermeiden sei ..... Die Versammlung bittet den bayerischen Landtag, dahin zu wirken, daß die bayerische Staatsregierung im Bundesrat für die schlemige Vorlegung eines Gesetzes Sorge trägt, durch das die jetzige, einseitig beschränkte Koalitionsfreiheit zu einem wirklichen Koalitionsrechte ausgebaut wird. Die Versammlung fordert zu diesem Zwecke die Aufhebung des § 152 Absatz 2 sowie des § 153 der Gewerbeordnung."

Französische Armee-„Konstüren".

Aus Paris meldet ein Telegramm: Infolge des Ergebnisses chemischer Untersuchung von Konstüren, die für das Heer geliefert worden waren, hat der Unterstaatssekretär des Krieges Chéron 43 Lieferanten von den Armelieferungen ausgeschlossen. Gegen einige von ihnen wird strafrechtlich vorgegangen werden. — Die müssen ein schönes Zeug zusammengeschmiert haben.

Den Fall Alberti

erwähnte der neue dänische Ministerpräsident kurz in seiner gestrigen Programmrede vor dem Folkething. Einem Telegramm aus Kopenhagen zufolge erklärte er, daß die Regierung eine durch alle persönlichen Verhältnisse ungehinderte Untersuchung wünsche, und daß sie beabsichtige, jede Verbindung hervorzugendur öffentlicher Stellungen mit Privatstellungen zu verhindern.

Der Conseilpräsident kündigte sodann an Vorlagen betreffend die Nüchternheitsfrage, die Ministerverantwortlichkeit, eine zweckmäßigere Verteilung der Folkethingswahlkreise, eine Revision des Gesetzes betreffend Kleinbauerngüter usw. und erbat schließlich die Unterstützung des Folkethings zur Lösung der politischen und sachlichen Aufgaben, die die Regierung sich gestellt hat.

Die Cholera in Rußland.

Aus Petersburg, 15. Oktober wird gemeldet: In den letzten 24 Stunden sind 49 Neuerkrankungen und 36 Todesfälle an Cholera vorgekommen. Die Zahl der Kranken beträgt 954.

Greiz, 15. Oktober. Fürst Heinrich XIV. Reuß jüngerer Linie hat wegen seines hohen Alters die **Regentschaft in Reuß älterer Linie** niedergelegt. Nach den Hausgesetzen übernahm für den Fürsten Heinrich XXIV. Reuß älterer Linie der Erbprinz Heinrich XXVII. Reuß jüngerer Linie die hiesige Regentschaft.

Paris, 15. Oktober. In der heutigen **Kammersitzung** wurde die Diskussion über die Einkommensteuer bei Artikel 37 fortgesetzt, der die Einnahmen aus landwirtschaftlichen Betrieben umfaßt. Die Kommission schlug eine neue Fassung für die Artikel 37, 38 und 39 vor, wodurch die Leistungen der Pächter und Kleinbesitzer herabgesetzt werden.

Orenburg, 15. Oktober. Auf dem Wege zur Bahnstation Miaß wurde eine **Post überfallen**; 40,000 Rubel wurden geraubt.

Beamtenfragen und Demokratie.

Im Demokratischen Verein Schöneberg-Friedenau sprach in dem überfüllten Saale des „Rixdorfer Parks" H. v. Gerlach über die Klagen und Forderungen der Beamtenschaft, insbesondere der Postbeamten. Der Redner wies auf die unverhältnismäßig große Vermehrung der Zahl der Beamten im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung hin. Diese Zahl werde bei der Vermehrung der Staatsaufgaben noch mehr zunehmen; man brauche nur an den Beamtenapparat zu denken, bei die Einführung des Branntweinmonopols, die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke und die Schaffung der Witwen- und Waisenversicherung notwendig machen würden. Da müsse man sich fragen: Wie kann verhütet werden, daß das Wachsen der Beamtenschaft gleichbedeutend ist mit dem Wachsen reaktionären Staatseinflusses? Aus diesem Gesichtspunkte muß die Abschaffung der öffentlichen Stimmabgabe gefordert werden. Der Beamte soll lieber zu Hause bleiben, als seinen Todfeinden, den Reaktionären, die Stimme zu geben. Weit darüber hinaus geht die Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten. Wie haben noch eine ganz veraltete Form des Diensteides. Der erste Teil, durch den der Beamte sich verpflichtet, seinem Allergnädigsten Herrn unterträgt zu sein, ist veraltet. Wir haben Gott sei Dank keine Untertanen mehr, wir haben freie Staatsbürger, oder wir sollten sie wenigstens haben. Die „Untertänigkeit" ist ein alter Zopf, den zu beseitigen jeder Beamte das Seinige beitragen sollte. Die Beamten sind heutzutage keine Vasallen des Königs mehr, wie der Antisemit Lattmann meinte, um die Beamten politisch unfrei zu erhalten. Nach modernen Anschauungen handelt es sich um ein Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnis, das sich höchstens durch lebenslängliche Dauer von einem gewöhnlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnis unterscheidet. Daher soll der Beamte nur auf die Verfassung vereidigt werden. Das involviert das Recht, Verfassungsänderungen auf gesetzlichem Wege anzustreben. Ein Richter in Ziegenhals erklärte, ein Beamter, der der Sozialdemokratie angehöre, sei ein Schurke. Derartige Beschimpfungen einer ganzen Partei durch einen Richter sind unerhört. Dagegen hat ein bayerischer Minister erklärt, es gibt keinen Verein in Bayern, dem nicht jeder Beamte angehören könnte. Wenn jemand Sozialdemokrat ist, so ist es eine Barbarei oder Heuchelei, wenn man ihn hindern will, seine Ueberzeugung zu bekennen. Die erste Forderung ist, daß jeder Beamte jeder Partei angehören kann, die seinen Ansichten entspricht. Der Redner verweist auf den wegen Stimmenthaltung gemaßregelten Lehrer Brandau in Kassel, der mit 60 Mark bestraft wurde, weil er nicht gegen seine Ueberzeugung einen Antisemiten wählen wollte. Wir sehen jeden Tag die politische Vergewaltigung eines großen Teils des Volks, der Beamten. Die Beamten müssen sich daher zu mächtigen Organisationen zusammenschließen. Daher muß absolut freies Koalitionsrecht der Beamten gefordert werden. Ausgenommen müssen nur die politischen Beamten werden, die an die Politik der Regierung gebunden bleiben müssen und daher auch nicht gewählt werden dürfen. Für sie gelten die übrigen Staatsbürgerrechte nicht.

Die Post- und Telegraphenassistenten haben in ihrem Verbande so ziemliche Selbstverwaltung. Sie mußten sie sich in hartnäckigem Kampfe erringen. Ein allgemeiner Postunterbeamtenverband wurde bekämpft, weil die örtlichen Verhältnisse in den einzelnen Oberpostamtsbezirken verschiedene seien. Seine Anschauungen sachlich zu rechtfertigen vermochte Prälle nicht. Es war daher eine tapfere Tat der Postunterbeamten, daß sie den Verband trotzdem gegründet haben. Der Landwirtschaftsminister hat den Forstbeamtenverein aufgelöst, weil in dem Verbandsorgan Artikel erschienen waren, die die Regierung kritisierten. Die Verbandsblätter wurden gemaßregelt und es wurde eine empörende Spitzelei getrieben, um herauszubekommen, welche Beamten das Blatt lesen.

Jede Organisation, auch der Staat ist auf Disziplin aufgebaut. Die Disziplin zu untergraben, ist absolut verwerflich. Aber die Disziplin soll sich auf den Dienst und die Dienstzeit beschränken. Außer Dienst soll sich der Beamte politisch oder außerpolitisch beschäftigen können, ganz wie er will. Er soll sich auch wirtschaftlich organisieren können. Der Staat darf sich in Interessenkämpfe, wie sie sich um die Konsumvereine entspannen haben, nicht einmischen. Die Eisenbahnverwaltung besoldet nicht nur die Beamten außerordentlich kärglich, sondern zwingt sie auch, noch teuer einzukaufen.